

## **N I E D E R S C H R I F T**

### über die **36.** Sitzung des **des Kreisausschusses** (XIV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **09.04.2008**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss, Oberstraße 91, 41460 Neuss,  
2. Etage, Besprechungsraum 2, Tel. 02131/928 2100  
Beginn der Sitzung: 15:10 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr  
Der Vorsitz führte: Landrat Dieter Patt

#### **Sitzungsteilnehmer:**

##### **• Vorsitzende/r**

1. Herr Landrat Dieter Patt

##### **• CDU-Fraktion**

2. Herr Reiner Geroneit bis 16:15 Uhr (ab 16:15 Uhr vertreten durch Frau Widdekind)
3. Herr Heinz-Ferdi Heimanns
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Eberhard Hücker
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose entschuldigt (vertreten durch KTA Ehms)
7. Frau Ursula Kwasny
8. Herr Lutz Lienenkämper
9. Frau Beate Pricking entschuldigt (vertreten durch Herrn Drießen)
10. Graf Bertram von Nesselrode
11. Herr Dr. Christian Will

##### **• SPD-Fraktion**

12. Frau Ulrike Apel-Haefs bis 16:30 Uhr
13. Herr Horst Fischer
14. Herr Stephan Ingenhoven
15. Herr Dieter Jüngerkes
16. Herr Rainer Thiel bis 18:10 Uhr

##### **• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

17. Herr Erhard Demmer entschuldigt (vertreten durch Frau Stephan-Gellrich)

• **FDP-Fraktion**

18. Herr Bijan Djir-Sarai ab 15:35 Uhr

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

19. Herr Jürgen Güsgen beratendes Mitglied

• **Verwaltung**

- 20. Herr Ingolf Graul
- 21. Herr Günter Hassels
- 22. Herr Hans-Joachim Klein
- 23. Herr Tillmann Lonnes
- 24. Herr Karsten Mankowsky
- 25. Herr Johannes Nordmann
- 26. Herr Hans-Jürgen Petruschke
- 27. Herr Jürgen Steinmetz
- 28. Herr Stefan Stelten
- 29. Herr Marcus Temburg
- 30. Herr Harald Vieten

• **Schriftführer/in**

- 31. Frau Ulrike Holz
- 32. Herr Jürgen Klose

## I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit .....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse .....	4
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 20.02.2008 .....	4
2.2.	Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss vom 04.03.2008 .....	5
2.3.	Planungs- und Umweltausschuss vom 06.03.2008 .....	5
2.4.	Schulausschuss vom 13.03.2008 .....	5
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften .....	5
3.1.	Krankenhausausschuss vom 25.02.2008.....	5
3.2.	Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn vom 01.04.2008 .....	6
4.	Politisch motivierte extremistische Aktivitäten im Rhein-Kreis Neuss .....	6
5.	Bericht zur Braunkohlenplanung .....	8
6.	Bericht zur Regionalarbeit.....	8
7.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa Stand: März 2008 .....	8
8.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	10
9.	Sachstandsbericht Schloss Dyck .....	11
10.	Kreisentwicklungskonzept: Lokaler Energiepakt Rhein-Kreis Neuss .....	11
11.	Brand im Chemiepark Dormagen Vorlage: 32/040/2008.....	12
12.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2008 zum Thema "Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Regenerative Energien und Energieeffizienz" .....	13
13.	Mitteilungen.....	13
13.1.	Untersuchung von Kinderspielplätzen auf Schwermetallbelastungen .....	13
13.2.	DMS im Trink- und Grundwasser .....	13
14.	Anfragen .....	13

## 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

### Protokoll:

Landrat Dieter Patt begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

### zu TOP 3 b):

- Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftskomitees am 01.04.2008

### zu TOP 7:

- Vorlage der Verwaltung „Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im März 2004“ ☒
- wfg - Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH – Jahresbericht 2007

### Sonstiges:

Informationsschrift des Landschaftsverbandes Rheinland  
„Kompetent und effizient – Die Landschaftsverbände in NRW“

### zu TOP 2.1 -nichtöffentlicher Teil-

Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 19.03.2008 im Rechtsstreit Stadt Neuss ./.  
Kreiswerke Grevenbroich GmbH ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

## 2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

### 2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 20.02.2008

#### Protokoll:

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke erinnerte an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Organisationsform der ARGE verfassungswidrig sei. Bis 2010 müsse eine rechtmäßige Alternative geschaffen werden. Die Hauptverwaltungsbeamten des Landkreistages NRW seien hierzu befragt worden, wobei mit einer Ausnahme sich alle für eine der Option vergleichbaren Form ausgesprochen hätten. Auch der Rhein-Kreis Neuss vertrete diese Position vorbehaltlich einer politischen Entscheidung.

Landrat Dieter Patt ergänzte, dass man erfolgreicher sei, je mehr kommunalisiert werde. Die Erfahrung mit der ARGE belege dies.

### KA/20080409/Ö2.1

#### Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 20.02.2008 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

## **2.2. Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss vom 04.03.2008**

### **Protokoll:**

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke nahm Bezug auf die von der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen eingereichte Anfrage zur Autobahnanschlussstelle der A 57 Dormagen-Delrath vom 04.04.2008 (siehe **Anlage** ). Im Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss sei bereits auf notwendige Umplanungen hingewiesen worden. Es gebe keine neuen Erkenntnisse. Man warte nun auf die Antworten der Landesinstitutionen, ob die Bedenken aufrecht gehalten werden.

### **KA/20080409/Ö2.2**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses vom 04.03.2008 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

## **2.3. Planungs- und Umweltausschuss vom 06.03.2008**

### **Protokoll:**

### **KA/20080409/Ö2.3**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 06.03.2008 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

## **2.4. Schulausschuss vom 13.03.2008**

### **Protokoll:**

### **KA/20080409/Ö2.4**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Schulausschusses vom 13.03.2008 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

## **3. Kenntnisnahme von Niederschriften**

### **3.1. Krankenhausausschuss vom 25.02.2008**

### **Protokoll:**

### **KA/20080409/Ö3.1**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nahm die Niederschrift über die Sitzung des Krankenhausausschusses vom 25.02.2008 einstimmig zur Kenntnis.

### **3.2. Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn vom 01.04.2008**

#### **Protokoll:**

Die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich bat, die Fahrten des Partnerschaftskomitees künftig früher bekanntzugeben, um die Teilnahme zu erleichtern.

#### **KA/20080409/Ö3.2**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nahm die Niederschrift über die Sitzung des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn vom 01.04.2008 einstimmig zur Kenntnis.

### **4. Politisch motivierte extremistische Aktivitäten im Rhein-Kreis Neuss**

#### **Protokoll:**

Landrat Dieter Patt stellte Herrn Freier als stellvertretenden Leiter der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums NRW vor.

Herr Freier trug anhand der dieser Niederschrift beigelegten Unterlagen (siehe **Anlage** ) zum Thema vor. Zum Abschluss seines Vortrags wies er auf eine für den 10.06.08 vorgesehene und mit den Spitzenverbänden abgestimmte Veranstaltung des Innenministeriums NRW hin. Hier solle gemeinsam mit Vertretern der Kommunen die Lage in NRW erörtert und über mögliche Bekämpfungsmaßnahmen beraten werden. In dieser Veranstaltung wolle das Innenministerium auch bereits erarbeitete und teilweise schon praktizierte Modelle vorstellen.

Landrat Dieter Patt dankte Herrn Freier für die Informationen. Bezüglich der Veranstaltung am 10.06.2008 werde man in Verbindung bleiben. Er wies darauf hin, dass der Kreistag eine Resolution zu extremistischen Aktivitäten im Rhein-Kreis Neuss beabsichtige.

Die 2. stellvertretende Landrätin Ulrike Apel-Haefs griff die Zielsetzung der rechtsextremen Parteien auf, durch den Einzug in die Kommunalparlamente weiter Fuß zu fassen. Eine Resolution allein reiche nicht aus. Aufklärende Aktionen seien da erfolgversprechender. Hierzu sollten sich die Fraktionen zusammensetzen.

Der Kreistagsabgeordnete Lutz Lienenkämper dankte für den Vortrag. Er regte an, dass sich der Ältestenrat nach Auswertungen der Informationen zur Vorbereitung einer Resolution noch einmal zusammensetzen sollte.

Landrat Dieter Patt wies darauf hin, dass die Fraktionsvorsitzenden den Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen zu Beginn der Sitzung erhalten haben.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güssen wiederholte Herr Freier, dass rd. 50 % der Bevölkerung empfänglich für Kapitalismuskritik seien. Ein weiteres populäres Thema sei Gerechtigkeit. Somit könne nicht ausgeschlossen werden, dass die rechten Parteien, die sich dieser Themen bedienen, ihre Wählerschaft künftig vergrößern könnten. Bezüglich Religionsextremismus wies er darauf hin, dass er nur soweit vortragen dürfe, wie es unter Berücksichtigung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung er-

laubt sei. Demnach müssten gravierende Anhaltspunkte vorliegen. Was Gegenstrategien angehe, habe das Land Broschüren mit Darstellungen geeigneter Modelle erarbeitet. In der erwähnten Veranstaltung am 10.06. werde man zusammen mit den Kommunen die besten Modelle herausstellen und anschließend über das Internet präsentieren.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Bertram Graf von Nesselrode verneinte Herr Freier Anzeichen, dass rechts- und linksextreme Gruppierungen gemeinsam Mitglieder werben würden. Dafür seien die Ideologien zu verschieden.

Die Kreistagsabgeordnete Ursula Kwasny fragte nach einer automatischen Kontaktaufnahme des Landes mit einer Kommune, wenn dort ein erstarkender Rechtsextremismus festgestellt wird und nach einer Unterstützung mit Landesmitteln.

Nach Auskunft von Herrn Freier sei eine Kommune in der Regel bereits aus eigener Beobachtung heraus über eine solche Situation im Bilde. Eine Unterstützung durch das Land sei problematisch. Erstens sei hier die kommunale Selbstverwaltung betroffen, zweitens bestehe die Gefahr einer Stigmatisierung der Kommune.

Herr Freier bestätigte der Kreistagsabgeordneten Susanne Stephan-Gellrich, dass im Rhein-Kreis Neuss die linksextreme Szene keine Rolle spiele, abgesehen von Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen.

Die 2. stellvertretende Landrätin Ulrike Apel-Haefs schloss sich der Kreistagsabgeordneten Ursula Kwasny an. Eine bessere Unterstützung der Kommunen durch das Land sei wünschenswert.

Herr Freier machte auf die Möglichkeiten durch die Landeszentrale für politische Bildung aufmerksam. Dort biete das Land Ansprechpartner für besonders kritische Situationen. Er werde weitergehende Informationen über angebotene Programme für die Niederschrift zur Verfügung stellen (siehe **Anlage** .

Auf Nachfragen der 2. stellvertretenden Landrätin Ulrike Apel-Haefs und der Kreistagsabgeordneten Maria Widdekind gab Herr Freier an, dass die rechten Parteien erfahrungsgemäß mit ihren populären Themen kurzfristig und im Vorfeld von Wahlen auftreten. Das Angebot der Landeszentrale für politische Bildung beziehe sich nicht nur auf Ad-hoc-Maßnahmen, sondern biete auch eine längerfristige Beratung.

Die rechtsextremen Parteien bedienten sich der thematischen Lücken der etablierten Politik, so der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güssen. Die Politik dürfe solche Lücken erst gar nicht zulassen.

Nach Aussage des Herrn Freier falle bei den rekrutierten Mitgliedern auf, dass viele über die Demokratie kaum informiert seien, diese aber für Probleme verantwortlich machten. Daher kläre das Land an Schulen über die Demokratie auf. Diese Aufklärung sei eine besonders wichtige Präventionsmaßnahme.

Landrat Dieter Patt dankte abschließend Herrn Freier für die Informationen. Er werde den Ältestenrat bezüglich einer Resolution erneut einberufen.

## **5. Bericht zur Braunkohlenplanung Stand: Februar - März 2008**

### **Protokoll:**

Die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erkundigte sich nach Handlungsmöglichkeiten des Kreises in Sachen Feinstaubbelastung in Grevenbroich.

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Karsten Mankowsky berichtete über ein diesbezügliches Gespräch des Kreises beim Landesumweltamt zusammen mit Vertretern von RWE, der Bezirksregierung und der Stadt Grevenbroich. Es werde nun ein Luftreinhalteplan unter Berücksichtigung aller Emittenten entwickelt. Der bisherige Aktionsplan habe nur teilweise zum Erfolg geführt. Er werde den Planungs- und Umweltausschuss über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum Luftreinhalteplan auf dem Laufenden halten. Der Kreis sei insbesondere mit seinem Gesundheitsamt involviert.

Auf weitere Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güsgen zum Zeitrahmen ergänzte er, dass der Luftreinhalteplan noch entwickelt werden müsse. Erst nach Abschluss umfangreicher Analysen könnten geeignete Maßnahmen erarbeitet werden. Erste Ergebnisse seien im 2. Halbjahr zu erwarten.

## **6. Bericht zur Regionalarbeit Stand: Februar - März 2008**

### **Protokoll:**

Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Susanne Stephan-Gellrich zum 2. Workshop des Projekts "Creative Regions" erklärte Kreisplaner Johannes Nordmann, dass sich die Partner über eine Fortsetzung des Projekts auf europäischer Ebene einig seien, um zum 3. Aufruf gemeinsame Förderanträge an die EU, z. B. für das Raumortlabor Hombroich, zu formulieren.

In Beantwortung einer Frage des Kreistagsabgeordneten Horst Fischer teilte Kreisplaner Johannes Nordmann mit, dass der im Bericht erwähnte sog. „Dritte Kölner Grüngürtel“ an einem Punkt bei Knechtsteden Kontakt zum Kreisgebiet habe.

Landrat Dieter Patt betonte, dass man in allen Arbeitskreisen bemüht sei, Verbindungen zur Region Köln-Bonn herzustellen.

## **7. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa Stand: März 2008**

### **Protokoll:**

Mit Blick auf die aktuellen Geschehnisse in China und die Presseberichte über das Wirtschaftsforum mit dem chinesischen Botschafter auf Schloss Dyck kritisierte der Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel das Engagement des Kreises im Deutschen Haus in Peking anlässlich der Olympischen Spiele. Der Kreis solle sich zurückhalten. Seine Präsenz in Peking sei nicht angebracht.

Ein Boykott sei nicht Sache des Kreises, so der Kreistagsabgeordnete Lutz Lienenkämper. Hier müsse man vielmehr auf die großen Chancen für die kreisansässige Wirtschaft durch die Präsenz im Deutschen Haus abstellen. Natürlich stünden auch die Menschenrechtsfragen auf der Tagesordnung, jedoch keine Boykottentscheidung.

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güsgen kritisierte, dass der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel nicht am Wirtschaftsforum teilgenommen habe. Nur im Dialog könne man konstruktiv über Probleme sprechen.

Der Kreistagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai erinnerte daran, dass das Tibet-Problem bereits bei der Entscheidung zur Vergabe der Olympischen Spiele bekannt gewesen sei. Die Olympischen Spiele sollten auch als eine besonders gute Plattform für Diskussionen über die Probleme betrachtet werden. Die Kritik des Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsforum auf Schloss Dyck sei unangebracht. Das Thema müsse äußerst diplomatisch und verantwortungsvoll behandelt werden. Zudem entspreche die Präsenz des Kreises im Deutschen Haus der Aufgabe des Landrats, dem Wirtschaftsstandort Rhein-Kreis Neuss zu wichtigen Kontakten zu verhelfen. Die Tibet-Frage hingegen stehe nicht in seiner Kompetenz.

Der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel stellte klar, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht am Wirtschaftsforum teilnehmen könne. Die grundsätzliche Einstellung zu den Menschenrechten sei jedoch unabhängig von der Teilnahme an einer solchen Veranstaltung. Lt. der Presse seien die mit einer Petition erschienenen Gäste hinausgedrängt worden. Die Äußerungen des Botschafters, womit die Opfer als Täter dargestellt wurden, seien inakzeptabel. Gleiches gelte für die Behauptung über eine nur unzureichend informierte westliche Presse. Die Zuversicht auf offene Kontaktmöglichkeiten zu den Menschen in China zeuge von einem falschen Bild über die dortigen Strukturen. Das Thema Tibet sei nicht neu, doch sei die Situation aktuell eskaliert und man müsse sich dementsprechend verhalten. Dem Botschafter hätte widersprochen werden müssen.

Nach Ansicht der Kreistagsabgeordneten Ursula Kwasny sei das Wirtschaftsforum nicht der geeignete Rahmen für Gespräche über das Tibet-Problem gewesen. Schließlich sei es hier ausschließlich um die Einrichtung der neuen Fluglinien von Düsseldorf nach Peking und Shanghai gegangen. Sie habe das Wirtschaftsforum besucht und den Eindruck eines offenen Gesprächs gehabt. Die Presseberichte über eine angeblich schlechte Behandlung einzelner Gäste seien unzutreffend.

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güsgen wies darauf hin, dass die Veranstaltung in erster Linie Wirtschaftsförderung gewesen sei. Dennoch sei in der Pressekonferenz auch die kritische Situation in China angesprochen worden. Keiner der Gäste des Wirtschaftsforums sei schlecht behandelt worden. Die Presse habe hier unnötig aufgebauscht.

Die Kreistagsabgeordnete Maria Widdekind schloss sich dieser Aussage ausdrücklich an.

Landrat Dieter Patt unterstrich die Bedeutung der neuen Flugverbindung als einen wichtigen wirtschaftlichen Standortfaktor. Die große Resonanz auf das Wirtschaftsforum belege dies. Es sei anzuerkennen, dass der Botschafter trotz engen Zeitrahmens zu einer außerplanmäßigen Pressekonferenz bereit gewesen sei. Hierbei sei auch das Thema Menschenrechte angesprochen worden. Die Olympischen Spiele in China seien eine gute Chance, den Menschen dort zu helfen. Die Präsenz des Kreises im Deutschen Haus sei eine großartige Gelegenheit für wertvolle Kontakte. Über den Kreis hätten dort alle Interessenten Zugang. Das Deutsche Haus werde die Zentrale der deutschen Medienberichte über die Olympischen Spiele sein. Man bleibe im Gespräch mit dem Botschafter, der erklärt habe, dass Peking und Olympia für alle zugänglich sein werden.

Der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel bekräftigte seine Position. Der Kreis müsse ein grundsätzlich kritisches Signal setzen. Die Politik müsse ihrer Verantwortung entspre-

chend eine klare Position beziehen und den olympischen Spielen fernbleiben.

Landrat Dieter Patt gab zu bedenken, dass der Kreis mit den offiziellen Olympiaveranstaltungen nichts zu tun habe und lediglich im Deutschen Haus als Forum für die Wirtschaft vertreten sei.

Auf die Frage der Kreistagsabgeordneten Susanne Stephan-Gellrich nach den Möglichkeiten eines Abbruchs des Vorhabens im Falle einer weiteren Zuspitzung erklärte Landrat Dieter Patt, dass man sich mit der Landesregierung abstimme.

Anlässlich einer Frage des Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel erklärte Landrat Dieter Patt ferner, dass seine Reise zum Deutschen Haus noch fraglich sei. Wirtschaftsförderer Jürgen Steinmetz werde vor Ort sein.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güsgen teilte Wirtschaftsförderer Jürgen Steinmetz mit, dass es sich bei der Messe Provada in Amsterdam um eine der Expo-Real vergleichbare Immobilienmesse handele. Gemeinsam mit dem Niederrhein wolle man diese Werbemöglichkeit nutzen.

## **8. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende**

### **Protokoll:**

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Stefan Stelten informierte über die aktuelle Kostenentwicklung. Die Kosten der Unterkunft hätten im März 5,6 Mio. € betragen. Für April seien rd. 5,3 Mio. € zu erwarten.

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güsgen fragte, ob sichergestellt sei, dass sogenannte 1-Euro-Jobs keine Arbeitsplätze oder Zivildienststellen ersetzen.

Nach Auskunft des Ltd. Kreisverwaltungsdirektors Stefan Stelten sei mit den Verbänden ein Verfahren entwickelt worden, das jeden 1-Euro-Job transparent und überprüfbar mache. Er werde die Regularien der Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive zusenden.

Mit Hinweis auf die vorangegangenen Informationen zum Rechtsextremismus und dessen populären Themen schlug die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich vor, dass die ARGE diesbezüglich sensibilisiert werde, insbesondere um dem etwaigen Empfinden der Ungerechtigkeit entgegenzuwirken.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke gab zu bedenken, dass die ARGE an die gesetzlichen Vorgaben gebunden sei.

Nach Ansicht der Kreistagsabgeordneten Maria Widdekind sei die Arbeit der ARGE bereits eine gute Prävention.

Anlässlich eines Hinweises des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güsgen auf die nur leichten Veränderungen bei den Bedarfsgemeinschaften erklärte Landrat Dieter Patt, dass das bisher Erreichte bereits ein großer Erfolg sei. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass nach der Vermittlung der leichtvermittelbaren nun verstärkt die problematischeren und somit langwierigern Fälle in den Vordergrund rückten.

## 9. Sachstandsbericht Schloss Dyck

### Protokoll:

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güsgen kündigte Landrat Dieter Patt an, dass der Kreistag zu größeren Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Summer School eingeladen werde.

### KA/20080409/Ö9

### Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

## 10. Kreisentwicklungskonzept: Lokaler Energiepakt Rhein-Kreis Neuss

### Protokoll:

Landrat Dieter Patt betonte, dass sich der Entwurf des Energiepakts nicht nur an RWE, sondern an alle Adressaten, die mit dem Thema Energie in Zusammenhang stehen, richte. Der Entwurf solle in allen Fachausschüssen beraten werden. Kernanliegen sei die Weiterentwicklung des Kreises als Kompetenzstandort für Energiefragen. Der Entwurf erfreue sich bereits einer großen Resonanz aus Wirtschaft und Forschung.

Der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel stimmte zu, dass eine inhaltliche Debatte zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei. Man habe sich vom Entwurf aber konkretere Informationen erhofft. Die Zustiftung von RWE an die Stiftung Schloss Dyck sei bislang nicht bekannt gewesen. Zudem sei hier der Zusammenhang mit dem Energiepakt nicht klar.

Landrat Dieter Patt kündigte an, dass sich konkretere Ansätze auch aus den nun anstehenden Beratungen in den Fachausschüssen ergeben würden. Die Zustiftung sei ein besonders großer Erfolg für Schloss Dyck. Der Energiepakt habe, wie das Beispiel des Museums in Grevenbroich zeige, durchaus auch einen kulturellen Bezug.

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güsgen machte darauf aufmerksam, dass das im Entwurf dargestellte Konzept zum Museum für Archäologie im rheinischen Braunkohlerevier in Grevenbroich nicht mit der Grevenbroicher Politik abgestimmt sei.

Landrat Dieter Patt stellte klar, dass es sich lediglich um Ansätze für ein Konzept handele. Das Thema sei noch gänzlich offen und werde nun diskutiert. Herr Dr. Hermanns vom Landschaftsverband habe bereits Kontakt mit der Politik in Grevenbroich aufgenommen.

Der Kreistagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai äußerte deutlich seine Enttäuschung darüber, dass heute nicht eingehend über den Energiepakt beraten werde. Bereits der vorliegende Entwurf sei ein enormer Erfolg. Er biete die Chance, etwas mit überregionaler Vorbildfunktion, insbesondere auf den Gebieten der unternehmerfreundlichen Energiepolitik, der Förderung energiewirtschaftlichen Nachwuchses und der energiewissenschaftlichen Forschung zu entwickeln.

Der vorliegende Entwurf sei für eine detaillierte Debatte noch nicht geeignet, so der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel. Seine Fraktion werde sich noch konkret einbringen. Das Thema CO<sub>2</sub>-freies Kraftwerk müsse dazugehören.

Die Kreistagsabgeordnete Ursula Kwasny warf ein, dass es sich hier lediglich um den 1. Entwurf handele und man noch weitere Reaktionen, beispielsweise aus der Landwirtschaft, abwarten solle. Die Beratung einzelner Themen gehöre in die Fachausschüsse.

Auch nach Ansicht des Kreistagsabgeordneten Jürgen Güsgen sei eine detaillierte Diskussion verfrüht. Deren fundierte Grundlage müsse noch in den Fachausschüssen erarbeitet werden.

Der Kreistagsabgeordnete Dr. Christian Will schloss sich dem an.

## **11. Brand im Chemiepark Dormagen**

### **Vorlage: 32/040/2008**

#### **Protokoll:**

Nach Aussage von Landrat Dieter Patt habe der Unfall das Gefahrenpotential dieses Chemiegürtels vor allem bei unzureichender Vorsorge deutlich gemacht. Eine gut aufgestellte regionale Zusammenarbeit sei für eine effektive Gefahrenbekämpfung bei derartigen Großschadensereignissen unabdingbar. Auch vor diesem Hintergrund sei die Kooperation mit der Region Köln-Bonn wichtig. Unmittelbar nach dem Unglück habe er entsprechend Kontakt mit den zuständigen Stellen aufgenommen, um eine engere regionale Vernetzung der Sicherheitseinrichtungen auf den Weg zu bringen. Der Kreis stehe als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung. Er werde den Rettungsausschuss über die Entwicklung auf dem Laufenden halten.

Die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich lobte die Leistung der Einsatzkräfte und gab die in der Presse dargestellten Missstände in der Einsatzzentrale des Betriebes zu bedenken.

Der Kreistagsabgeordnete Dr. Christian Will unterstrich die Bedeutung der Initiative des Landrats für ein künftiges regionales Konzept. Die reibungslose Verständigung der Einsatzkräfte untereinander sei wesentlich.

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güsgen kritisierte die unterschiedlichen Angaben zu den Messwerten in Dormagen.

Auch der Kreistagsabgeordnete Horst Fischer zeigte sich erschrocken über die Meldungen bezüglich der Einsatzzentrale bei Ineos. Zudem sei die rechtzeitige Information der Bevölkerung in Stadtteilen ohne Sirenen fraglich.

Landrat Dieter Patt versicherte, dass alle Punkte auf den Prüfstand kommen. So habe er auch die entsprechenden Berichte bereits angefordert.

Die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich machte auf unzureichende Messmethoden bei den Luftanalysen aufmerksam, die eine Ermittlung der tatsächlichen Werte teilweise nicht zugelassen hätten.

Landrat Dieter Patt stellte klar, dass dennoch keine Gefahr auf Kreisgebiet bestanden hätte. Die angesprochenen Punkte belegten aber, wie wichtig die richtigen Vorkehrungen seien. Der gesamte Chemiegürtel müsse mit allen Fragen kritisch überprüft werden. Der Kreis sei mit seinem Pipeline-Kataster einzigartig. Dieses Kataster könne im Schadensfall entscheidend wichtig sein.

Der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel mahnte, die Ängste in der Bevölkerung nicht außer Acht zu lassen. Als Teil einer Chemieregion müsse man eine Sicherheitslage schaffen, die die Akzeptanz der Chemie in der Bevölkerung stabil halte.

## **12. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2008 zum Thema "Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Regenerative Energien und Energieeffizienz"**

### **Protokoll:**

Die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erklärte sich mit einer Beratung des Antrags im Schulausschuss einverstanden.

## **13. Mitteilungen**

### **13.1. Untersuchung von Kinderspielplätzen auf Schwermetallbelastungen**

#### **Protokoll:**

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Karsten Mankowsky nahm Bezug auf Berichte über Schwermetallbelastungen von Spielplätzen in Mönchengladbach. Im Kreis seien keine Belastungen festgestellt worden.

### **13.2. DMS im Trink- und Grundwasser**

#### **Protokoll:**

Der Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Karsten Mankowsky erinnerte an die Anfang 2007 in Süddeutschland festgestellten Trinkwasserbelastungen mit DMS (Dimethylsulfamid). Durch Ozonung werde DMS in einen krebserzeugenden Stoff umgewandelt. Bereits im April 2007 habe das Kreisgesundheitsamt bei den Wasserversorgern entsprechende Untersuchungen des Grund- und des Trinkwassers angefordert. Zwar sei DMS festgestellt worden, doch betreibe keines der Wasserwerke im Kreis eine Ozonanlage, so dass hier eine Umwandlung von DMS in einen krebserzeugenden Stoff ausgeschlossen werden könne. Dennoch habe der Kreis im Mai 2007 die Bevölkerung vorsorglich aus Gründen der Rechtssicherheit informiert. Mittlerweile habe das Bundesumweltamt eine Expertise zu DMS im Trinkwasser erstellt. Demnach gelte DMS als nicht relevantes Abbauprodukt, womit den im Kreisgebiet vorgefundenen Konzentrationen gesundheitliche Unbedenklichkeit attestiert werde.

## **14. Anfragen**

### **Protokoll:**

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güssen sprach ihm vorliegende Informationen an, wonach es Probleme bei der Fertigstellung einer Brücke an der L 357 zwischen Neurath und Vanikum gebe. Er bat um weitere Auskünfte. Ferner bat er um Zusendung des neuen Dezernatsverteilungsplans als PDF-Datei.

Landrat Dieter Patt sagte beides zu. Die Informationen zur Brücke würden der Niederschrift beigelegt (siehe **Anlage** ).

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Dieter Patt um 18:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Landrat Dieter Patt**  
Landrat / Vorsitzende/r

**Jürgen Klose**  
Schriftführer